

Bürgerbewusstsein

Werner Friedrichs  
Dirk Lange *Hrsg.*

# Demokratiepolitik

Vermessungen – Anwendungen –  
Probleme – Perspektiven

 Springer VS

---

# Bürgerbewusstsein

## Schriften zur Politischen Kultur und Politischen Bildung

**Herausgegeben von**

D. Lange, Hannover, Deutschland

Weitere Bände in dieser Reihe  
<http://www.springer.com/series/12208>

Bürgerbewusstsein bezeichnet die Gesamtheit der mentalen Vorstellungen über die politisch-gesellschaftliche Wirklichkeit. Es dient der individuellen Orientierung in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft und produziert zugleich den Sinn, der es dem Menschen ermöglicht, vorgefundene Phänomene zu beurteilen und handelnd zu beeinflussen. Somit stellt das Bürgerbewusstsein die subjektive Dimension von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Es wandelt sich in Sozialisations- und Lernprozessen und ist deshalb zentral für alle Fragen der Politischen Bildung. Das Bürgerbewusstsein bildet mentale Modelle, welche die gesellschaftlichen Strukturen und Prozesse subjektiv verständlich, erklärbar und anerkennungswürdig machen. Die mentalen Modelle existieren in Entstehungs- und Wirkungszusammenhängen mit der Politischen Kultur. Auf der Mikroebene steht das Bürgerbewusstsein als eine mentale Modellierung des Individuums im Mittelpunkt. Auf der Makroebene interessieren die gesellschaftlichen Bedingungen und sozialen Kontexte des Bürgerbewusstseins. Auf der Mesoebene wird untersucht, wie sich das Bürgerbewusstsein in Partizipationsformen ausdrückt. Die „Schriften zur Politischen Kultur und Politischen Bildung“ lassen sich thematisch fünf zentralen Sinnbildern des Bürgerbewusstseins zuordnen: „Vergesellschaftung“, „Wertbegründung“, „Bedürfnisbefriedigung“, „Gesellschaftswandel“ und „Herrschaftslegitimation“. „Vergesellschaftung“: Das Bürgerbewusstsein verfügt über Vorstellungen darüber, wie sich Individuen in die und zu einer Gesellschaft integrieren. Welche Vorstellungen existieren über das Verhältnis von Individuum und Gesellschaft? Wie wird soziale Heterogenität subjektiv geordnet und gruppiert? „Wertbegründung“: Das Bürgerbewusstsein verfügt über Vorstellungen darüber, welche allgemein gültigen Prinzipien das soziale Zusammenleben leiten. Welche Werte und Normen werden in politischen Konflikten, gesellschaftlichen Auseinandersetzungen und ökonomischen Unternehmungen erkannt?

**Dirk Lange**

IPW-AGORA Politische Bildung

Leibniz Universität Hannover

Hannover

Deutschland

---

Werner Friedrichs • Dirk Lange (Hrsg.)

# Demokratiepolitik

Vermessungen – Anwendungen –  
Probleme – Perspektiven

*Herausgeber*  
Werner Friedrichs  
Leibniz Universität Hannover  
Hannover, Deutschland

Dirk Lange  
Leibniz Universität Hannover  
Hannover, Deutschland

Bürgerbewusstsein

ISBN 978-3-658-11818-1

ISBN 978-3-658-11819-8 (eBook)

DOI 10.1007/978-3-658-11819-8

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Springer VS

© Springer Fachmedien Wiesbaden 2016

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Der Verlag, die Autoren und die Herausgeber gehen davon aus, dass die Angaben und Informationen in diesem Werk zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Weder der Verlag noch die Autoren oder die Herausgeber übernehmen, ausdrücklich oder implizit, Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen.

Lektorat: Jan Treibel, Monika Mülhausen

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier

Springer VS ist Teil von Springer Nature

Die eingetragene Gesellschaft ist Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH

---

# Inhalt

## I Einleitung

Zugänge zu einer zukünftigen Demokratiepolitik .....	3
<i>Werner Friedrichs und Dirk Lange</i>	

## II Theoretische Diagnosen und Untersuchungen

Konsenskritik und Dissensdemokratie .....	11
<i>Oliver Flügel-Martinsen</i>	
Ist die Krise der Demokratie eine Erfindung? .....	25
<i>Wolfgang Merkel</i>	
Die Kultur der journalistischen Unbelangbarkeit. Auf dem Weg in eine Art Journalistendemokratie? .....	49
<i>Thomas Meyer</i>	
Demokratiepolitik im Kielwasser der Paradoxien des Demokratischen. Essayistische Anmerkungen zu einer Parallelaktion .....	61
<i>Peter Fuchs</i>	

### III Perspektiven einer demokratiepolitischen Didaktik

Demokratiepolitische Bildung? Didaktische Orientierungen in demokratischen Sinnformen .....	75
<i>Werner Friedrichs</i>	
Werteorientierte Demokratiepolitik .....	95
<i>Sibylle Reinhardt</i>	
Didaktik der Demokratie. Ein demokratiepolitisches Konzept .....	111
<i>Dirk Lange und Sebastian Fischer</i>	
Demokratiepädagogik als Demokratiepolitik in der Schule .....	121
<i>Gerhard Himmelmann</i>	

### IV Demokratiepolitische Einsatzfelder

Partizipation als politisches und pädagogisches Problem .....	133
<i>Reinhold Hedtke</i>	
Auf der Suche nach verschobenen Ausdrucksformen der Demokratiepolitik. Musik und Politik .....	147
<i>Tonio Oeftering</i>	
Demokratie und Nicht-Demokratie im Politikunterricht. Einordnungsversuche der NPD in einer Sekundarschulklasse mit NPD-affinen Schülern .....	159
<i>Andreas Petrik</i>	
Demokratiepolitische Effekte des Bedingungsgefüges von Wissen und Partizipation .....	181
<i>Torsten Junge</i>	
Geschichtspolitik als Demokratiepolitik .....	207
<i>Peter Steinbach</i>	
Demokratie lernen und leben .....	229
<i>Hans-Peter Bartels</i>	

---

I  
**Einleitung**



---

# Zugänge zu einer zukünftigen Demokratiepolitik

Werner Friedrichs und Dirk Lange

Demokratie ist, gemessen an ihrer weltweiten Verbreitung, zu einem Erfolgsmodell avanciert. Diese Ansicht drängt sich auf, wenn man einen Blick auf die Statistiken wirft: Demnach ist die Prozentzahl der Staaten mit demokratischen Wahlverfahren (*number of electoral democracies*) von ca. 40 % im Jahre 1989 auf ca. 60 % im Jahr 2014 gestiegen (vgl. dazu etwa die Statistiken auf [www.freedomhouse.org](http://www.freedomhouse.org)) – auch wenn ihre Anzahl jüngst stagniert. Allerdings reicht die formale Angabe, eine Gesellschaft sei demokratisch organisiert, allein nicht aus, um unterstellen zu dürfen, dass es sich um normativ gehaltvolle freiheitliche Demokratien handelt. Im Gegenteil: Es wurden im Jahre 2014 nur ca. 45 % der Länder als frei eingestuft – ein erstaunlich geringer Wert in Anbetracht des Ergebnisses der Zählung der Staaten mit demokratischer Verfassung (vgl. dazu ebenfalls [www.freedomhouse.org](http://www.freedomhouse.org)) – offenbar gibt es Staaten, die zwar zu Demokratien gezählt werden, aber nicht als freiheitlich organisiert gelten. Dieses Verhältnis kann irritieren: Sofern nach gängigen Vorstellungen von einem systematischen Zusammenhang zwischen Freiheit und Demokratie ausgegangen wird, müssten die Freiheitsgrade mit der Anzahl der Demokratien ungefähr übereinstimmen. Ein Erläuterungsmuster für diese Divergenz besteht in der Unterscheidung zwischen „instabilen“ und „stabilen“, „unechten“ und „echten“ oder „defizitären“ und „nichtdefizitären“ Demokratien. Darin werden Denkfiguren der Demokratie sichtbar, nach denen erstens unterstellt wird, dass es einen annähernd idealtypischen Zustand geben könnte und dass sich zweitens demokratische Gesellschaften auf Verlaufslinien eintragen lassen, an deren Enden sich Einrichtungen finden, in denen ein harmonisches Verhältnis von Freiheit und demokratischer Herrschaft verwirklicht ist. Eine solche Konstellation konkretisiert sich insbesondere in der Einbindung und Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger in und an demokratische(n) Prozesse(n), d. h. in spezifischen Beteiligungsperspektiven und -möglichkeiten. Umgekehrt geraten Demokratie und Freiheit genau dann in ein Missverhältnis, wenn substantielle Partizipationsmöglichkeiten fehlen.

Wenn die Konkretisierungen und Umsetzungen demokratischer Teilhabe allerdings im Bestand etablierter Institutionen verwirklicht werden – Demokratie also im Wesentlichen als idealtypisches Verfahrensmodell gedacht wird – wird möglicherweise ein spezifischer und entscheidender *politischer* Einsatz verfehlt. Es ist in letzter Zeit vielfältig herausgestellt worden, dass es gerade die Versuche sind, demokratische Formen mit partizipativen Elementen anzureichern, um den oben ausgewiesenen Abstand zu verringern, die mitunter gegenteilige Effekte zeitigten. Es entstehen „Partizipationsdispositive“ oder „Bürgerformen“, die sich in ein hegemoniales Machtspiel einfügen. Die Installation von verbindlichen Institutionen und Einrichtungen gemeinschaftlicher Selbstbestimmung einerseits und die Verwirklichung individueller Selbstentwürfe andererseits läuft auf eine Aporie, wenn nicht sogar auf ein Paradox hinaus. Ein Zurückweichen vor dieser Schwierigkeit, entweder im Namen einer Fundamentalkritik an den Verwirklichungsmöglichkeiten demokratischer Ideale oder aber im Modus einer „alternativlosen“ Praxis, bleibt aber eine unbefriedigende Lösung. Dagegen sollte dieser Übergang gestaltet werden. Hier beginnt das Feld einer **Demokratiepolitik**: als Einrichtung der Mitbestimmung, als Formung des öffentlichen Raumes, als Steuerung der politischen Kommunikation in Beteiligungsformen, als Zurichtung politischen Wissens im medialen Diskurs usw.; **Demokratiepolitik** soll damit auch eine Bezeichnung genau dieser Grenze sein – die Grenze, an der demokratische Gestaltungsimpulse in ihr Gegenteil umzuschlagen drohen. Demokratie muss hier politisch bleiben im Sinne einer fundamentalen Opposition gegen feste Verregelungen und einer prinzipiellen Offenheit für grundsätzliche Kontingenzen.

Demokratie wird somit durch die **Demokratiepolitik** in ihrem systematischen Bestand gestaltet. **Demokratiepolitik** kann als eine spezifische *autopolitische* Praxis der Demokratie betrachtet werden. Insoweit ist **Demokratiepolitik** kein alleiniges Feld in der Einrichtung von neuen Demokratien, sondern eine andauernde „*metademokratische Praxis*“, die in spezifischen gesellschaftlichen Ausprägungen sichtbar wird. Diese *metademokratische Praxis* liegt quer zu den bekannten Feldern der Demokratie [Demokratie als Lebens-, Gesellschafts- und Herrschaftsform (Himmelfmann 2007)]. Es geht in einem umfassenden Sinne um die Gestaltung der *Produktionsformen der Demokratie* – um das auf Dauer gestellte *Demokratisch-Werden der Demokratie*.

Der hier vorliegende Band will ein Diskussionsfeld *eröffnen*, das die sogenannten postdemokratischen Krisendiagnosen aufnimmt und mit Blick auf *metademokratische* Praxisfelder insbesondere in bildungstheoretischer Absicht sondiert und hinsichtlich ihrer konkreten Handlungspotentiale befragt. Die Diagnosen der Postdemokratie weisen in ihrem Kern aus, dass trotz des formalen Bestandes zentraler demokratischer Institutionen (wie insb. freie Wahlen) zu geringe „substantielle“

und nachhaltige Beteiligungsmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger bestehen. Als Folge würden sich Frustration und Verdrossenheit sowie Politikmüdigkeit breit machen. Aus der hier zu entwickelnden Perspektive liegt das daran, dass die Produktionsbedingungen der Demokratie nicht politisiert, sondern institutionell verdichtet, in den Augen einiger sogar bewusst einer metademokratischen Praxis entzogen sind. Die Metademokratie befragt die politische Einrichtung der Herrschaft des Volkes – es geht um: **Demokratiepolitik**. Entsprechen die gesellschaftlichen Umgangsformen einem demokratischen Grundverständnis? Korrespondieren die Prozeduren und Institutionen mit den Grundideen demokratischer Freiheit? Hat jedes Gesellschaftsmitglied die Möglichkeit, an Gestaltungsprozessen teilzuhaben und sie zu hinterfragen? Welche Praktiken führen zu institutionellen Verzerrungen in der Ausübung der Macht des Souveräns, des Volkes? Ist **Demokratiepolitik** gleichbedeutend damit, einen spezifischen Selbstbezug in der demokratischen Gesellschaft zu thematisieren und voranzutreiben?

In der *demokratischen Artikulation* lässt sich ein solcher Selbstbezug in einem konvergierenden Grundzug denken. Denn Demokratie, als die Herrschaft des Volkes, schließt Politik, als die Einrichtung der Gesellschaft, schon immer in einer spezifischen Form mit ein. In einem grundsätzlichen Sinne lassen sich entsprechend aus einem demokratischen Grundverständnis Selbstverständlichkeiten spezifischer rationaler Verfahren ableiten. Jene gedachten rationalen Verfahren bilden eine Art Fluchtlinie für die Entwicklung der Demokratie. Allerdings muss diese als idealtypische Konvergenzlinie verstanden werden, die dem Grunde nach – das ist dem *demos* eingeschrieben – nicht erreicht werden kann. Daraus ergibt sich ein prinzipielles Spannungsverhältnis zwischen den Ansprüchen des demokratischen Gemeinsinnes und der realen Umsetzung in Verfahren, das Habermas (1998) etwa in der Unterscheidung von „Faktizität und Geltung“ erfasst hat. Die Denkbewegung, die an diese Grundkonstellation anschließt, besteht einerseits im Versuch, die demokratischen Verfahren in universalen Vernunfts- und Rechtsprinzipien zu begründen und andererseits darin, Verfahrenslogiken zu entwerfen, die diese Prinzipien hinreichend umsetzen. Die Überzeugungskraft universeller Legitimationsformeln und die Vernunftbegabung der Bürgerinnen und Bürger sollen dabei das Feld der Beteiligung begründen. Innerhalb dieser Konstellation besteht der Einsatz der **Demokratiepolitik** darin, den Abstand zwischen Faktizität und Geltung zu gestalten, den Schmierstoff für die Korrespondenz zwischen der Konkretisierung der Partizipation von Bürgerinnen und Bürgern und den Universalprinzipien demokratischer Institutionen zu liefern.

In der *demokratischen Unterbrechung* kann ein solcher Selbstbezug auf der Folie einer politischen Differenz gedacht werden. Dabei wird nicht – in einem kurzschlüssigen Zugriff auf die Figur politischer Differenz – auf den Unterschied

zwischen widerstreitenden politischen Ideen abgestellt, sondern auf die Differenz zwischen Gleichheit und Konsens. Demokratie beinhaltet (in der Sphäre des Politischen) den Gedanken einer radikalen Gleichheit. Eine Gleichheit, die radikaler zu denken ist als eine Übereinkunft innerhalb eines Konsenses. Der Konsens stellt eine Institutionalisierung einer Gleichheit dar und droht diese darin aufzulösen, unsichtbar zu machen. Zwischen dem Grund der Demokratie, der Gleichheit, und seiner institutionellen Form, dem Konsens, besteht ein radikales „Unvernehmen“ (Rancière 2002), weil kein Konsens eine einvernehmliche Umsetzung des Gleichheitsgedankens darstellt. Das Verstummen/Nichterkennen des „Unvernehmens“ wird in der Debatte um die „Rückkehr des Politischen“ (Flügel et. al. 2004) als das Ende der Politik ausgewiesen. Hier schließen sich die zahlreichen Phänomene der Politik- und Parteienverdrossenheit, des Gefühls der Ausgeschlossenheit usw. an. Insoweit wäre die Aufgabe einer **Demokratiepolitik**, einen Raum zu öffnen, der grundsätzliche Fragen zulässt; *das Unvernehmen exponiert*, ohne sich aber den institutionellen Wegen zu verschließen.

Bei den hier versammelten Beiträgen wird bewusst beiden Perspektiven nachgegangen, um Vereinseitigungen zu vermeiden. Damit soll der Versuch unternommen werden, den Einsatz einer **Demokratiepolitik auf doppelte Weise zu denken**: Der problematisierende Zugriff steckt einerseits das Feld der Demokratiepolitik ab und markiert andererseits zukünftige Aufgabenfelder.

Im ersten Teil des Bandes werden theoretische Perspektiven und Diagnosen hinsichtlich des skizzierten Phänomens mit unterschiedlichen Schwerpunkten entwickelt. Oliver Flügel-Martinsen und Wolfgang Merkel nähern sich dem einer Demokratiepolitik zugrundeliegenden Problemfeld, das zuletzt häufig als Postdemokratie geführt wurde, aus unterschiedlichen Perspektiven. Mit Flügel-Martinsen lassen sich auf der Folie der Diskussion um neue Demokratietheorien Herausforderungen der Gesellschaft skizzieren, die aber – wie Merkel anmahnt – einer empirischen Überprüfung bedürfen. Thomas Meyer nimmt die Sonderstellung des Journalismus im Diskurs demokratischer Selbstbestimmung in den Blick und stellt heraus, dass Journalisten häufig nicht repräsentative Darstellungen entwickeln, sondern zunehmend selbst den politischen Diskurs formatieren. Zuletzt markiert Peter Fuchs die möglichen – vor allem theoretischen – Unzulänglichkeiten des Versuchs der Etablierung einer Demokratiepolitik aus der Perspektive der Systemtheorie.

Im zweiten Kapitel geht es um mögliche didaktische Anschlüsse an eine Demokratiepolitik. Für Sibylle Reinhardt verdichtet sich eine demokratiepolitische Perspektive in der Wertevermittlung. Werner Friedrichs mahnt in diesem Zusammenhang die kritische Auseinandersetzung mit Sozialformen als gesellschaftliche Dispositive an. Dirk Lange, Sebastian Fischer, Gerhard Himmelmann und Peter Steinbach rekonstruieren mit unterschiedlichen Schwerpunkten die Konsequenzen

einer Demokratiepoltik in einer Didaktik der Demokratie, einer Demokratiepädagogik bzw. der Geschichtspoltik.

Im letzten Kapitel werden konkrete demokratiepolitische Einsatzfelder aufgegriffen. Dabei geht es einerseits nochmal darum, an bestimmten Beispielen Möglichkeiten und Grenzen eines demokratiepolitischen Anspruchs aufzuzeigen, als andererseits darum, Umsetzungen in Aussicht zu stellen. Reinhold Hedtke und Torsten Junge nähern sich dem zentralen Problem der Partizipation. Dabei stellen beide mit unterschiedlichen Bezügen heraus, dass man der Partizipation mit mehr Skepsis begegnen muss, als dies gemeinhin gerade in didaktischen Zusammenhängen der Fall ist. Gerade die Partizipation ist von der oben beschriebenen demokratiepolitischen Aporie in besonderem Maße betroffen. Andreas Petrik stellt den didaktischen Umgang mit den äußeren Grenzen demokratiepolitischer Ermutigung am Beispiel der Einordnung rechtsextremer Positionen dar und Tonio Oeffering sucht demokratiepolitische Potentiale in der Musik. Im letzten Beitrag markiert Hans-Peter Bartels konkrete demokratiepolitische Einsätze.

Die Versammlung der vorliegenden Diskussionsbeiträge stellt eine Annäherung an das Feld der Demokratiepoltik dar, das Buchstein als „Dreiklang aus Demokratiebegündung, Demokratieforschung und Demokratielehre“ (Buchstein 2011, S. 9) bezeichnet hat. Wir verstehen die hier vorgelegte Zusammenstellung als Suchbewegung und wünschen uns insbesondere aus didaktischer Sicht eine Fortsetzung des hier begonnenen Diskurses im weiten Feld demokratischer Selbstbestimmung.

## Literatur

- Buchstein, Hubertus. 2011. *Demokratiepoltik. Theoriebiographische Studien zu deutschen Nachkriegspoltologen*. Baden-Baden: Nomos.
- Flügel, Oliver, Reinhard Heil und Andreas Hetzel. 2004. *Die Rückkehr des Politischen. Demokratietheorien heute*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Habermas, Jürgen. 1998. *Faktizität und Geltung: Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Himmelmann, Gerhard. 2007. *Demokratie Lernen als Lebens-, Gesellschafts- und Herrschaftsform. Ein Lehr- und Arbeitsbuch*. Schwalbach/Ts: Wochenschau.
- Rancière, Jacques. 2002. *Das Unvernehmen: Politik und Philosophie*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

---

II

## Theoretische Diagnosen und Untersuchungen

---

# Konsenskritik und Dissensdemokratie

Oliver Flügel-Martinsen

---

## 1 Einleitung

In der normativen Demokratietheorie der Gegenwart ist eine Unterscheidung einflussreich, die Jürgen Habermas in den 1990er Jahren ausgearbeitet hat, um seine eigene Position und die von ihr beanspruchte integrative Leistung kenntlich machen. Habermas' Überlegungen bieten deshalb einen guten Ausgangspunkt für die nachfolgende Erkundung eines *politischen* Denkens der Demokratie, das Konsenskritik und Dissens betont, weil sich in ihnen ein grundlegendes Verständnis von Demokratietheorie paradigmatisch zum Ausdruck bringt, dem eine *politische* Theorie der Demokratie geradezu fremd ist. Habermas weist nämlich wie selbstverständlich und ohne diese entscheidende Weichenstellung überhaupt zu diskutieren der Theorie die Aufgabe zu, Politik zu limitieren: Demokratietheorie dient so aus seiner Sicht dazu, Begründungen für bestimmte normativ abgesicherte Verfahren bereitzustellen, die politische Auseinandersetzungen einhegen sollen, da sie gerade nicht mehr zur Disposition stehen sollen. Für die dissensdemokratischen Positionen, die im vorliegenden Beitrag ein wenig ausgeleuchtet werden sollen, muss Demokratietheorie demgegenüber eine zugleich bescheidenere und radikalere Rolle übernehmen: Sie ist zu verstehen als eine *politische* Theorie, in der das Adjektiv *politisch* nicht einfach einen Gegenstandsbereich, sondern auch einen Modus der Theoriebildung bezeichnet. *Politisch* ist dann keine einfache Kennzeichnung, die besagt, dass das Feld der Politik in den Blick genommen werden soll, sondern *politisch* verweist auch darauf, wie dieses Feld zu verstehen ist: Als eines, in dem dauerhafte und begründungstheoretisch nicht im Vorhinein eingehegte Auseinandersetzungen darüber geführt werden, welche Gestalt politische Institutionen, Verfahren und Entscheidungsprozesse annehmen. Theorie hat so einen wesentlich kritisch-befragenden Sinn im Unterschied zu jenem begründenden Charakter, den ihr Habermas zuschreibt. In diesem Sinne lässt sich auch von einer Demokratietheorie sprechen,